

# FNB Gas - Stellungnahme

zur Festlegung in Sachen Wasserstoff  
Ausgleichs- und Bilanzierungsgrundmodell  
(WasABi)  
(Az: BK7-24-01-014)

## **Über FNB Gas:**

*FNB Gas e.V. ist der Zusammenschluss der überregionalen deutschen Fernleitungsnetzbetreiber. Seine Mitglieder betreiben zusammen ein rund 40.000 Kilometer langes Leitungsnetz für den Transport von Erdgas und errichten gemeinsam das rund 9.000 Kilometer lange Wasserstoff-Kernnetz. Die Vereinigung unterstützt ihre Mitglieder bei der Erfüllung ihrer gesetzlichen und regulatorischen Verpflichtungen. Zudem koordiniert sie die integrierte Netzentwicklungsplanung für Gas und Wasserstoff auf der Transportnetzebene. Darüber hinaus tritt die Vereinigung für die aktive Förderung eines sicheren, wirtschaftlichen, umweltgerechten und klimafreundlichen Betriebs der Gastransportinfrastruktur sowie für ihre kontinuierliche Weiterentwicklung an die Bedarfe des zukünftigen Energiesystems ein.*

*Mitglieder der Vereinigung sind die Unternehmen bayernets GmbH, Fluxys TENP GmbH, Ferngas Netzgesellschaft mbH, GASCADE Gastransport GmbH, Gastransport Nord GmbH, Gasunie Deutschland Transport Services GmbH, NaTran Deutschland GmbH, Nowega GmbH, ONTRAS Gastransport GmbH, Open Grid Europe GmbH, terranets bw GmbH und Thyssengas GmbH.*

Die Fernleitungsnetzbetreiber (FNB) weisen darauf hin, dass im Tenor die Begrifflichkeiten bilanzieller Gesamtnetzstatus, Gesamtnetzstatus und Gesamtnetzzustand verwendet werden. Sofern die Begriffe unterschiedlich zu interpretieren sind, sollte dies deutlich gemacht werden.

## **Tenorziffer 1 Marktgebietsverantwortlicher**

Die FNB begrüßen den Vorschlag der Bundesnetzagentur (BNetzA) zur Benennung und Beauftragung des Marktgebietsverantwortlichen (MGV) durch die Wasserstofftransportnetzbetreiber (WTNB).

Gemäß des Festlegungsentwurfs ist der MGV von den WTNB mit den notwendigen Mitteln auszustatten. Die notwendige Voraussetzung dafür ist, dass die hierdurch entstehenden Kosten bei den WTNB von der BNetzA anerkannt und über die Netzentgelte vereinnahmt werden können. Hierunter sind nicht die finanziellen Mittel für die aus der Festlegung resultierenden Tätigkeiten des MGV zu verstehen (z.B. Regelenergiebeschaffung, Vorfinanzierung). Hierfür ist ein Umlagesystem zu etablieren.

Es sollte zudem klargestellt werden, dass aus den aus der Festlegung WasABi resultierenden Tätigkeiten des MGV weder Gewinne noch Verluste erzielt werden dürfen.

Aufgrund steuerrechtlicher Vorgaben muss in der Festlegung klargestellt werden, dass der MGV in Bezug auf die Tätigkeiten, die aus der Festlegung WasABi resultieren, keine Gewinnerzielungsabsicht verfolgt.

## **Tenorziffer 2 Grundsätze der Bilanzierung**

Das System sieht gem. Tenorziffer 2 lit. d) vor, dass die Saldierung auf Basis von „vorläufigen Daten“ durchgeführt wird, sodass im finanziellen Anreizsystem gem. Tenorziffer 5 auf dieser Basis Pönalen abgerechnet werden sowie Regelenergie beschafft wird. Dieser Ansatz ist richtig und eine logische Konsequenz der sehr kurzen Saldierungsfrist. Ein Helper/Causer-System, wie vorgeschlagen, kann nur auf vorläufigen Daten basieren. Da auf Basis der vorläufigen Daten u. a. die Einstufung als Helper oder Causer erfolgt, kommt der Datenqualität eine hohe Bedeutung zu. Um die Eintrittswahrscheinlichkeit und die Auswirkungen von potentiellen Datenfehlern zu reduzieren, haben die FNB Minderungsmaßnahmen in dem unten beschriebenen Ansatz zum „Umgang mit Datenfehlern“ eingebracht. Tenorziffer 2 lit. e) bis h) geben bereits Regelungen für den Umgang mit Datenfehlern vor, denen in einem finanziellen Anreizsystem in Verbindung mit einer fortlaufenden Bilanzierung, wie sie WasABi vorsieht, eine besondere Bedeutung zukommt. Der individuelle Bilanzkreissaldo auf Basis der vorläufigen Daten stellt eine wesentliche Orientierung des Bilanzkreisverantwortlichen (BKV) dar. Er erkennt hieran, wie er im Verhältnis zum Gesamtnetzzustand steht, ob er als Helper oder Causer eingestuft wird oder neutral steht und kann entsprechend reagieren. Eine rückwirkende (bilanzkreiswirksame) Datenkorrektur würde sich negativ auf diese Orientierung auswirken, sodass hier ein Ausgleichsmechanismus, wie von der BNetzA vorgeschlagen, sinnvoll ist. Eine Einstufung als Helper oder Causer, die nachträglich grundsätzlich nicht mehr geändert werden darf, ist ebenso ein wesentlicher Eckpfeiler des zukünftigen Bilanzierungsregimes wie eine eindeutige Entscheidungsbasis für den MGV, Regelenergieaktionen zu ergreifen.

Um allen Marktbeteiligten ein verlässliches Agieren innerhalb des Bilanzierungsregimes zu ermöglichen, ist es wichtig, den Grundsatz des „Agierens auf vorläufigen Daten“ konkret in den Tenor von WasABi aufzunehmen. Die FNB begrüßen ausdrücklich, dass die BNetzA genau dies auch so vorsieht. Ausführungen zu dem Schritt, der sich an diesen Grundsatz anschließen muss, fehlen allerdings im Tenorentwurf. Sollte bei der Ermittlung der endgültigen Mengen eine Differenz zu den vorläufigen Mengen festgestellt werden, darf dies nicht dazu führen, dass die Wasserstoffnetzbetreiber (WNB) einem permanenten Haftungsrisiko ausgesetzt werden. Hierzu sind Regelungen/Aussagen im Tenorentwurf aufzunehmen.

#### Ansatz zum Umgang mit Datenfehlern:

**Schritt 1:** Bei der Datenübertragung ist eine Qualitätssicherung zu implementieren, sodass die Eintrittswahrscheinlichkeit von Datenfehlern (insbesondere fehlenden Daten) wesentlich gesenkt werden kann.

**Schritt 2:** Die FNB stützen die von der BNetzA vorgeschlagene nachmonatliche Korrektur mittels eines zu entwickelnden Ausgleichsmechanismus, sodass die individuellen Bilanzkreissalden sowie der Gesamtnetzzustand im Nachhinein aus o. g. Gründen nicht geändert werden müssen. Unklar ist den FNB die von der BNetzA in Tenorziffer 2 lit. e) und f) genannte Frist der Korrektur. Eine Korrektur bis zum Ende des Monats der Messung ist nicht sinnvoll, da der letzte Tag des Monats dann in den nächsten Monat einzubeziehen wäre. Um alle Tage des Monats in die Ersatzwert- und Brennwertkorrektur einbeziehen zu können, müsste der Monat zunächst abgeschlossen sein und für den Korrekturprozess eine Bearbeitungszeit vorgesehen werden. Hierfür schlagen die FNB M+10 WT vor. Alternativ könnte auch eine untermonatliche Abgrenzung und damit schnellere Berücksichtigung im Ausgleichsmechanismus erfolgen. Eine konkrete Frist bzw. ein konkreter Prozess könnte im Rahmen der Konzepterstellung des Ausgleichsmechanismus erarbeitet und über die Kooperationsvereinbarung (KoV) geregelt werden.

**Schritt 3:** Zusammen mit der finalen Abrechnung von Ersatzwert- und Brennwertkorrektur würden die FNB ein Matching zwischen bilanzielltem Gesamtnetzzustand und physischem Netzzustand gem. Tenorziffer 2 lit. h) vorsehen. Die saldierten Differenzen sollten dann pro rata auf alle BKV in der Zukunft über einen „Naturalausgleich“ aufgeteilt werden (vgl. Naturalausgleich in nachfolgendem Schritt 4). Hierbei ist zu beachten, dass Differenzen aus Netzkonten/OBAs sowie Regelenergieallokationen in Bilanzkreise des MGV (vgl. Forderung der FNB in Tenorziffer 4 und 5 WasABi) hierbei ausgeklammert werden müssen.

**Schritt 4:** Zur Vermeidung der bilanzkreiswirksamen Korrektur sind die bei der nachmonatlichen Ersatzwert- und Brennwertkorrektur ermittelten Abweichungen zwischen „vorläufigen“ und „finalen“ Daten über einen „Naturalausgleich“ in der Zukunft in die jeweiligen individuellen Bilanzkreise zu allokalieren. Dies sollte über einen Zeitraum von 10 Werktagen am Ende des Monats nach der Feststellung der auszugleichenden Differenzen erfolgen (Saldierungsmonat 01.03.2026-31.03.2026; Feststellung Differenzen 14.04.2026; Naturalausgleich 21.04.2026-30.04.2026).

**Zusatzschritt:** Abweichend zum Tenorentwurf fordern die FNB die Möglichkeit einer kurzfristigen bilanzkreiswirksamen Datenkorrektur (Zeitfenster 30 Minuten). Da es sich bei fehlenden Daten

meist um signifikante Datenfehler handelt und diese möglicherweise durch WNB oder BKV (ggf. auch unter Mitwirkung des Netzanschlussnehmers) frühzeitig erkannt werden können, sollte zumindest die Möglichkeit bestehen, diese signifikanten Datenfehler vor einer übermäßigen Ausgleichsreaktion des BKV bilanzkreiswirksam zu korrigieren. Die Überprüfung der Werte und Daten obliegt dem BKV.

## **Tenziffer 3 Flexibilitätszonen**

In Bezug auf Tenziffer 3 lit. a) stellt die BNetzA unter Randziffer (13) fest, dass der physische Netzzustand der einzelnen WNB nicht durch den Gesamtnetzzustand unmittelbar dargestellt wird. Daher halten die FNB es für notwendig, für die Steuerung eine Trennung zwischen bilanziellem Gesamtnetzzustand und physischem Netzzustand vorzunehmen.

In diesem Zusammenhang schlagen die FNB vor, die Festlegung um Regeln zu ergänzen, welche beschreiben, wie Netzbetreiber mit Bedarfen zur Anpassung des physischen Netzzustandes umgehen können, welche nicht durch Bilanzkreisschiefstände verursacht wurden.

Unter Tenziffer 3 lit. b) schlägt die BNetzA vor, dass der Gesamtnetzstatus mindestens alle 15 Minuten aktualisiert wird. Dabei soll neben der aktuellen Position des Gesamtnetzstatus jeweils eine Prognose des Gesamtnetzstatus mindestens auf die nächste volle Stunde vom MGW veröffentlicht werden. Diesem Punkt stimmen die FNB zu, insofern die Prognosen der vom MGW berechnete Salden sich ausschließlich aus den von den BKV übermittelten Mengenanmeldungen und Nominierungen ergeben.

In Bezug auf Tenziffer 3 lit. b) unter Randziffer (14) stellt die BNetzA fest, dass der MGW auf freiwilliger Basis die Prognose über die nächste volle Stunde hinaus vornehmen darf. Dies wird ausdrücklich begrüßt. Auch die BNetzA sieht diese Veröffentlichung an die Bereitstellung notwendiger Informationen durch die BKV gekoppelt. Die FNB würden sich eine Fortschreibung der unter Tenziffer 2 lit. c) genannten Verpflichtung der Ausgeglichenheit der Bilanzkreise über den Prognosehorizont wünschen. Dies gibt den BKV die Möglichkeit, die zukünftige Situation besser einzuschätzen und dementsprechend zu reagieren.

In Tenziffer 3 lit. c) wird vorgeschlagen, dass Grenzwerte für die Flexibilitätszonen tagesweise definiert werden. Um diese Grenzwerte zuverlässig zu ermitteln, müssen belastbare Auslastungsparameter berücksichtigt werden. Sich auf die Nutzung von Nominierungen und Mengenanmeldungen zu beziehen, sehen die FNB als großen Risikofaktor an, da die vorläufigen Nominierungen und Mengenanmeldungen untertäglich starken volatilen Änderungen unterliegen können. Die FNB schlagen daher eine Bestimmung der Grenzwerte auf Basis netzphysikalischer Größen vor. Darüber hinaus sollte die Verantwortung für die Definition der Flexibilitätszonen und der dazugehörigen Grenzwerte bei den Wasserstofftransportnetzbetreibern liegen. Es ist davon auszugehen, dass die Flexibilität in den Clustern bzw. am Ende im Marktgebiet insbesondere über die Wasserstofftransportnetze dargestellt bzw. in ihrer Rolle als marktgebietsaufspannende Netze koordiniert werden wird.

In Tenziffer 3 lit c) sublit. bb) wird die gelbe Zone sowie das Erfordernis nach Ausgleichsmaßnahmen beschrieben. Für ein robustes finanzielles Anreizsystem sind in der gelben Zone Markteingriffe/Ausgleichsmaßnahmen durch den MGW zu vermeiden – diese Zone

muss dem Markt vorbehalten sein, um sich selbst auszugleichen. Damit werden Schwingungseffekte durch ein gleichzeitiges Eingreifen von BKV und MGV vermieden. Notwendige Ausgleichsmaßnahmen durch den MGV sollten daher erst in der roten Zone stattfinden.

Die unter Tenorziffer 3 lit. c) sublit. cc) beschriebenen marktbezogenen Maßnahmen nach § 28n Abs. 1a Satz 2 EnWG beim Erreichen der roten Zone und zur Sicherung der Netzintegrität erachten die FNB ebenfalls als notwendig. Die dortige Formulierung darf dabei nicht so missverstanden werden, dass nur bei Erreichen der roten Zone solche Maßnahmen zulässig sind. Nach § 28n Abs. 1a EnWG muss die Sicherheit oder Zuverlässigkeit der Wasserstoffnetze durch die WNB jederzeit gewährleistet werden, unabhängig davon, in welcher Flexibilitätszone sich der Gesamtnetzstatus befindet. Durch z. B. Störungen oder geplante bzw. ungeplante Maßnahmen im Netz kann der Gesamtnetzstatus stark vom physikalischen Netzstatus abweichen. Sämtliche Maßnahmen nach § 28n Abs. 1a EnWG müssen daher den Netzbetreibern jederzeit zur Verfügung stehen. Zudem weisen die FNB darauf hin, dass sie die derzeitigen Haftungsregelungen bei der Anwendung von Maßnahmen nach § 28n Abs. 1a Satz 2 EnWG als unzureichend ansehen, da die WNB bei der Abwicklung von Kürzungen und Abschaltungen aktuell erheblichen Schadensersatzrisiken ausgesetzt sind. Die Haftungsregelungen müssen demnach vor der potenziellen Anwendung von Maßnahmen nach § 28n Abs. 1a Satz 2 EnWG (Kürzungen und Abschaltungen) eindeutig sein.

## **Tenorziffer 4 Einsatz von Regelenergie**

Die Beschlusskammer ist in der Einleitungsverfügung noch davon ausgegangen, „dass den Wasserstoffnetzbetreibern insbesondere in der frühen Hochlaufphase keine oder nur sehr eingeschränkte Flexibilitätsoptionen außerhalb des Netzpuffers sowie externe Regelenergie zur Sicherstellung der Netzstabilität zur Verfügung stehen werden“. Die FNB teilen diese Ansicht ausdrücklich und sind auch aufgrund von entsprechenden Rückmeldungen von Marktteilnehmern nach wie vor der Auffassung, dass die Entwicklung eines liquiden Regelenergiemarktes erst mit weit fortgeschrittenem Markthochlauf zu erwarten ist. Nunmehr soll nach Tenorziffer 4 Satz 1 der MGV verpflichtet werden, von Anfang an Regelenergie einzusetzen. Die FNB unterstützen den Ansatz grundsätzlich, dass zumindest der Versuch unternommen wird, Regelenergie zu beschaffen, allerdings fehlt in Tenorziffer 4 eine klare Regelung für die Situation, dass keine oder nicht ausreichend Regelenergie beschafft werden kann, auch wenn aus der Begründung sowie anderen Regelungen des Tenors deutlich wird, dass die Beschlusskammer eine solche Situation weiterhin sieht.

Die FNB begrüßen, dass die BNetzA eine Trennung von bilanzieller und physischer Seite anstrebt. Für eine konsequente Umsetzung sehen die FNB es allerdings als erforderlich an, Ausgleichsmaßnahmen einzusetzen, um

- einen ausgeglicheneren Gesamtnetzstatus herzustellen und
- die Transportfähigkeit der Wasserstoffnetze sicherzustellen.

Regelenergie wird gem. Tenorziffer 4 zum einen beschafft, um den bilanziellen Gesamtnetzstatus in die gelbe Zone zurückzuführen. Zum anderen wird Regelenergie aber auch aus technischen

Gründen benötigt, um die Transportfähigkeit aufrecht erhalten zu können, z. B. bei unterschiedlichen Lastbedingungen, im Rahmen technischer Maßnahmen oder Messdifferenzen. Auch für diese Zwecke muss der MGW die Möglichkeit haben, Regelenergie einzusetzen. Die Kosten hierfür sollte der MGW über eine Regelenergieumlage auf die Bilanzkreise schlüsseln, z. B. anhand der Entry-Mengen je Bilanzkreis an den Gesamt-Entry-Mengen im Entry-Exit-System bezogen auf ein zu definierendes Zeitfenster.

In Fällen, in denen keine oder nicht ausreichend Regelenergie verfügbar ist, sind weitere Ausgleichsmechanismen zu benennen, um zu jeder Zeit die Transportfähigkeit aufrecht zu erhalten. Diese sollten im Sinne einer transparenten Vorgehensweise in einem zu definierenden Phasenplan bekannt gemacht werden. Dabei sollten Kürzungen und Abschaltungen als letztes Instrument (Ultima Ratio) Bestandteil des Phasenplans sein. Um Rechtssicherheit für alle Marktteilnehmer zu erhalten, schlagen die FNB vor, dass die WTNB mit WasABi verpflichtet werden, einen Phasenplan zu erstellen und von der BNetzA genehmigen zu lassen.

Die FNB begrüßen den Regelenergieeinsatz anhand transparenter, für den BKV nachvollziehbarer Kriterien. Die Veröffentlichung des Gesamtnetzstatus gibt dem BKV einen Impuls, dass er zu einem ausgeglichenen Zustand zurückgeführt werden sollte. Dabei ist zu beachten, dass das Erreichen der gelben Zone (Definition der BNetzA) nicht zu unmittelbaren und gleichzeitigen Reaktionen von sowohl BKV als auch MGW führen sollte, da diese im ungünstigsten Fall gleichgerichtete Effekte auslösen würden. So könnten z. B. beim Erreichen der gelben überspeisten Zone (Definition der BNetzA) die BKV ihre Einspeisung in den BK reduzieren, mit dem durch das Helper/Causar-System angereizten Ziel, den Gesamtnetzstatus in die grüne Zone zurückzuführen. Gleichzeitig verkauft der MGW entsprechend der Verpflichtung aus Tenorziffer 4 Regelenergie mit eben dem gleichen Ziel, den Gesamtnetzstatus in die grüne Zone zurückzubringen. Das könnte zur Folge haben, dass der Gesamtnetzstatus in die unterspeiste gelbe Zone (Definition der BNetzA) gelangt und das Gesamtsystem somit in Schwingung gerät.

Die FNB sprechen sich daher dafür aus, die gelbe Zone lediglich als dringende Aufforderung mit Pönalisierung für die BKV zu sehen, in der diese selbst aktiv werden und durch Anpassungen im BK dazu beizutragen, den Gesamtnetzstatus in die grüne Zone zurückzuführen. Ferner sprechen sich die FNB dafür aus, erst in der roten Zone zusätzlich Maßnahmen der WNB bzw. des MGW vorzusehen, um den Gesamtnetzstatus in die gelbe Zone zurückzuführen. Diese Anpassung wäre natürlich schon bei Tenorziffer 3 zu berücksichtigen und würde zu einer etwas anderen Dimensionierung der Zonen führen.

Wenn die BKV keine Maßnahmen einleiten, die den Gesamtnetzstatus in die grüne Zone zurückführen und der Gesamtnetzstatus sich in die rote Zone bewegt, führt das zum Einsatz von Ausgleichsmaßnahmen durch den MGW. Der MGW ergreift grundsätzlich lediglich Maßnahmen, um den Gesamtnetzstatus von der roten in die gelbe Zone zu überführen. Somit wird auch das Risiko des „Überschwingen“ reduziert, da nur die Menge in der roten Zone betrachtet wird.

Tenorziffer 4 lit. a) Satz 2 verpflichtet den MGW „an einer Börse im eigenen Marktgebiet handelbare standardisierte kurzfristige Handelsprodukte“ einzusetzen. Sofern Cluster gebildet wurden, muss sich der Regelenergiebezug allerdings zwingend auf das jeweilige Cluster und nicht das deutschlandweite Marktgebiet beziehen. Unabhängig davon mag die Beschaffung der Regelenergieprodukte in Form von an einer Börse handelbaren standardisierten kurzfristigen

Handelsprodukten in einem Zielsystem sinnvoll sein. Zu Beginn sollten allerdings auch andere Formen der Beschaffung von Regelenenergie außerhalb der Börse zugelassen werden, was nicht zwangsläufig zu Leistungspreisen führen muss.

Gemäß Randziffer (8) der Begründung geht die Beschlusskammer davon aus, dass insbesondere Rest-of-day- (RoD) Kontrakte geeignet wären. Die FNB hingegen halten diese Produkte gerade nicht für geeignet, denn aufgrund des sehr begrenzten Netzpuffers ist ein möglichst schneller Ausgleich des Netzes durch eine entsprechend kurzfristige Lieferung bzw. Abnahme der Mengen erforderlich. Die FNB halten daher nur kurzfristige Stundenprodukte für geeignet, um die Flexibilität des Netzes für unerwartete Lastschwankungen vorhalten zu können. Wenn der Gesamtnetzstatus in einer zu definierenden Vorlaufzeit in der roten Zone ist, werden genau für diese Stunde der Überschreitung bzw. Unterschreitung Maßnahmen ergriffen. RoD-Produkte würden dazu führen, dass eine Rückführung lediglich über mehrere Stunden möglich ist. Die rote Zone ist aber sehr kritisch und kann nicht über einen längeren Zeitraum dargestellt werden, auch die Transportfähigkeit des Systems kann in der roten Zone nicht gewährleistet werden. Die Markteingriffe erfolgen immer pro-aktiv für eine Zukunftsstunde. Die Vorlaufzeit für Maßnahmen durch den MGV oder WNB sollten auch immer kurzfristiger möglich sein als Anpassungen der Bilanzkreise durch die BKV. Wäre dies nicht so, könnte der MGV gar nicht auf einen kurzfristigen roten Gesamtnetzstatus reagieren, sondern erst wenn dieser bereits eingetreten ist. Ein Schaden des Netzes muss aber zwingend verhindert werden. Dies kann durch die Nutzung eines Regelenenergiebilanzkreises des MGV realisiert werden. Offen ist, ob die Regelenenergie bei der Ermittlung des Gesamtnetzstatus berücksichtigt wird.

In Tenorziffer 4 Satz 1 ist unabhängig davon lediglich die Rede von einem „Überschreiten“ der Grenze der grünen Zone. Klarstellend sollte auch der Fall des „Unterschreitens“ der Grenze aufgenommen werden, etwa in Form von „Überschreitet bzw. unterschreitet der Gesamtnetzstatus [...]“.

## **Tenorziffer 5 Finanzielles Anreizsystem**

Die FNB unterstützen das Konzept des finanziellen Anreizsystems in Form des Helper/Causer-Systems ausdrücklich. Es stellt grundsätzlich sicher, dass die Zuständigkeit für den Ausgleich zwischen Ein- und Ausspeisemengen primär dort liegt, wo sie hingehört, also bei den BKV, und der MGV nur dann eingreift, wenn ein Ausgleich durch die BKV nicht oder nicht ausreichend erfolgt und ansonsten die Netze physisch in eine kritische Lage geraten würden.

Die Einordnung der BKV als Helper oder Causer nach Tenorziffer 5 lit. a) ist grundsätzlich zutreffend geregelt, muss jedoch weiter präzisiert werden. So muss klar sein, wie beispielsweise ein BKV einzuordnen ist, der bei der Prognose auf Basis der Daten der ersten Viertelstunde noch als Causer eingeordnet wurde, es dann aber geschafft hat, seinen Bilanzkreis in den weiteren drei Viertelstunden auszugleichen oder ihn sogar in eine Helper-Position gebracht hat. Sachgerecht wäre hier, zwar eine Vorwarnung auf Basis der Prognosewerte zu erteilen, die finale und pönale-relevante Einordnung aber stets nur auf Basis der Ist-Werte der Saldierungsperiode vorzunehmen.

Auf die mengenmäßige Allokation von Regelenergie als Ausgleichsenergie in die Bilanzkreise, wie es in Tenorziffer 5 lit. b) sublit. aa) bzw. lit. c) sublit. aa) vorgesehen ist, sollte aus folgenden Gründen verzichtet werden:

- Es sollte generell kein Ausgleich der Bilanzkreise durch den MGV erfolgen, sondern die BKV sollten immer selbst dafür sorgen müssen und die Causer so lange pönalisiert werden, bis entweder ihr Bilanzkreis ausgeglichen ist oder aber die grüne Zone wieder erreicht wurde.
- Das Rein- bzw. Rausbuchten der Regelenergie in die Bilanzkreise müsste so erfolgen, dass der BKV es bei seinen eigenen Ausgleichsaktivitäten berücksichtigen kann. Ansonsten dürfte es zu dem bereits unter Tenorziffer 4 beschriebenen Problem kommen, dass Causer und MGV gleichzeitig den gleichen Schiefstand beseitigen, am Ende also mehr ausgeglichen wird, als notwendig gewesen wäre. Ein Beschaffungs- und Weiterverrechnungsprozess, der diese Anforderung in jedem Fall sicherstellt, ist für die FNB angesichts der kurzen Saldierungsperiode nicht vorstellbar.
- Eine Abrechnung durch reines Weiterreichen der Regelenergiekosten auf Basis des mengengewichteten Durchschnittspreises ohne Pönalefaktor könnte die Causer dazu verleiten, gerade keine eigenen Aktivitäten durchzuführen, denn sie bekommen den Ausgleich des Bilanzkreises durch den MGV zu Marktpreisen. Damit würde die wesentliche Anreizwirkung gerade verfehlt.
- Die Herstellungsweise des Wasserstoffs („Farbenlehre“) spielt eine große Rolle und hat großen Einfluss auf den Wert des erzeugten Wasserstoffs auf dem Markt. So ist damit zu rechnen, dass viele Letztverbraucher ausschließlich nur mit grünem Wasserstoff versorgt werden wollen, um ihre Dekarbonisierungsziele zu erreichen. Um dies sicherzustellen, dürften Lieferanten nicht wollen, dass anderer als grüner Wasserstoff in ihre Bilanzkreise eingebracht wird. Der MGV wird jedoch nicht nur grünen Wasserstoff als Regelenergie kaufen können und es sollte ihm keinesfalls aufgetragen werden, die „Eigenschaft“ des Wasserstoffs ebenfalls zu übertragen. Im Zweifel müsste der BKV etwaige Ausgleichsenergie, die zwangsweise in seinen Bilanzkreis gebucht wurde, sogleich wieder verkaufen, um die Reinheit seines Bilanzkreises wiederherzustellen. Dies dürfte zu zusätzlichen Kosten bei ihm führen.

Ab Erreichen der gelben Zone sollte stets eine Pönalisierung der Causer und Belohnung der Helper erfolgen, wie sie grundsätzlich in Tenorziffer 5 lit. b) sublit. bb) bzw. lit. c) sublit. bb) vorgesehen ist. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Pönale

- stets hoch genug ist, dass sie tatsächlich einen Anreiz für die Causer bietet, schnellstmöglich aus dem Causer-Status herauszukommen, was etwa gegen eine bloße Weiterverrechnung von Durchschnittspreisen spricht,
- jedoch nicht so hoch ist, dass es für die BKV ein Risiko darstellt, das sie nicht eingehen können, sie also davon abschreckt, überhaupt im Wasserstoffmarkt tätig zu werden,
- in Summe immer etwaige Kosten des MGV für die Beschaffung von Regelenergie aufgrund der bilanziellen Ungleichgewichte (nach dem Ansatz der FNB erst ab der roten Zone) abdeckt und
- eine Belohnung der Helper ermöglicht.

Basis für die Pönale sollte immer ausschließlich der Saldo des Bilanzkreises des Causers in der jeweiligen Saldierungsperiode sein, also nicht etwa – wie im Tenorentwurf vorgesehen – der höchste Saldo zu einer vollen Stunde bezogen auf den relevanten Tag, was ein unnötiges Durchbrechen der Saldierungsperiode und eine unnötige Verkomplizierung bedeuten würde. Sorgt der Causer nicht für einen Ausgleich seines Bilanzkreises und wird die grüne Zone auch nicht durch Ausgleichsaktivitäten anderer BKV erreicht, so wird die Pönale für jede Stunde fällig, in der der Causer-Status bestand. Der Verzicht auf Ausgleichsmaßnahmen führt damit also dazu, dass es mit jeder Stunde teurer wird, sich also der Anreiz zum Ausgleich automatisch stetig erhöht. Zugleich wird aber immer nur auf Basis des Saldos der jeweilige Saldierungsperiode pönalisiert. Bei einem Abstellen auf den höchsten Saldo des Tages wäre dagegen für einen Causer kein Anreiz mehr gegeben, in späteren Stunden des Tages einen geringeren netzschädlichen Schiefstand zu erreichen.

Die FNB erwarten, dass sich nur bei einer solchen Ausgestaltung die volle Wirkung des Helper/Causer-Systems einstellt und so in der Regel maximal die gelbe Zone erreicht werden sollte.

Sollte die BNetzA dem nicht folgen, so sollten zumindest folgende Klarstellungen umgesetzt werden:

- Tenorziffer 5 lit. b) sublit. aa) bzw. lit. c) sublit. aa) sollten so geändert werden, dass stets auch eine Pönalisierung erfolgt. Dies ist nicht nur erforderlich, um den Causern einen Anreiz zu geben, selbst für einen Ausgleich ihres Bilanzkreises zu sorgen, sondern auch, damit der MGV Einnahmen erzielt, mit denen er die Helper belohnen kann. In der Folge sollte Tenorziffer 5 lit. d) so geändert werden, dass stets eine Ausschüttung an die Helper erfolgt.
- Es wird zu Situationen kommen, in denen alle BKV als Causer einzuordnen sind, es also keine Helper gibt. Auch in diesen Fällen muss eine Ausschüttung der Einnahmen des MGV erfolgen, etwa durch Weiterverrechnung in die nächste Saldierungsperiode, in der Helper identifiziert werden, oder durch Sozialisierung dieser Einnahmen. Dies sollte in Tenorziffer 5 lit. d) oder zumindest in der Begründung klargestellt werden.
- Tenorziffer 5 lit. b) sublit. bb) bzw. lit. c) sublit. bb) sind so formuliert, dass die Anwendung ausgeschlossen sein könnte, sobald der MGV Regelenergie eingesetzt hat. Wie bereits erläutert, sollte dies so nicht umgesetzt werden. Es müsste weiterhin eine Pönalisierung erfolgen, damit immer gewährleistet ist, dass Causer bestraft und Helper belohnt werden. Außerdem rechnen die FNB damit, wie unter Tenorziffer 4 ausgeführt, dass zumindest während des Hochlaufs kein liquider Regelenergiemarkt existiert, so dass es wahrscheinlich ist, dass der MGV zwar Regelenergie beschaffen kann, diese allerdings nicht ausreicht, um den Gesamtnetzstatus entsprechend zurückzuführen. Mindestens in einem solchen Fall sollten die Causer wenigstens hinsichtlich der Differenz bis zur grünen Zone pönalisiert werden, die nach dem Regelenergieeinsatz verblieben ist.

## **Tenorziffer 6 Data Hub**

Die FNB begrüßen einen "one face to the customer"-Ansatz durch die mit einem Data Hub angestrebte Zentralisierung des Daten-austauschs und die Harmonisierung von Prozessen. Ein

kritischer Erfolgsfaktor für einen gelungenen Markthochlauf und ein funktionierendes Marktdesign liegt insbesondere in der Daten- und Prozesskompetenz und -verantwortlichkeit seitens der WTNB.

Der Data Hub sollte eine gemeinsam durch die WTNB zu errichtende IT-basierte Datenaustausch-Plattform sein, die durch die BNetzA per Festlegung beschlossen werden sollte. Das Konzept für diesen gemeinsamen Data Hub muss den Prämissen der Netznutzerfreundlichkeit, der Kosteneffizienz und den Anforderungen des Markthochlaufs und seiner regionalen, nationalen und europäischen Entwicklung Rechnung tragen. In zeitlicher Hinsicht ist zu berücksichtigen, dass für jedes Cluster ab Inbetriebnahme eine Anbindung an den zentralen Data Hub möglich sein muss.

Die WTNB werden einen Vorschlag für die Errichtung und den Betrieb eines Data Hubs unter Berücksichtigung eines "one face to the customer"-Ansatzes und der Prozesskompetenz und -verantwortlichkeit erarbeiten und der BNetzA vorlegen.

Unabhängig von der konkreten Ausgestaltung und Verankerung eines Data Hubs weisen die FNB darauf hin, dass die IT-seitige Umsetzung sowohl der MGV- als auch WNB-Prozesse komplex ist und die Prozesse kürzer getaktet sind (u. a. geändertes Bilanzierungsregime). Eine Umsetzung bis zum 1. Oktober 2026 kann daher nicht zugesichert werden.

Vor dem Hintergrund, dass in den Jahren 2026 und 2027 nur sehr vereinzelt mit Transportbedarf zu rechnen ist und eine Umsetzung in Anlehnung an das Wasserstoffjahr, beginnend zum 1. Januar, sinnvoll erscheint, sollte die Anwendung der WasABi-Festlegung inklusive der Prozesse auf den 1. Januar 2028 (mit einer Testphase in 2027) gelegt werden (vgl. WasABi Tenorziffer 9).

## **Tenziffer 7 Virtueller Handelspunkt**

In der Einleitungsverfügung zu WasABi hatte die Beschlusskammer noch offen gelassen, ob am Virtuellen Handelspunkt (VHP) reine Handelsgeschäfte durch die Marktbeteiligten vorgenommen werden können oder der Zugang zum VHP zunächst ausschließlich mit einer Buchung von Transportkapazitäten einherzugehen hat. Im Entwurf von WasABi ist nun vorgesehen, dass keine Transportkapazität gebucht sein muss, sondern der VHP allen Marktteilnehmern zur Verfügung steht, die einen Bilanzkreisvertrag mit dem MGV abgeschlossen haben. Dies unterstützen die FNB, weisen aber darauf hin, die faire Beteiligung aller Beteiligten an den VHP-Kosten im Rahmen der Marktentwicklung im Auge zu behalten. So können von Anfang an auch komplexere Lieferbeziehungen bzw. Beschaffungsprozesse über den VHP abgewickelt werden und es kann auf eine entsprechende Abbildung von Mehrlieferanten- bzw. Mehrbezieher-Modellen an Marktlagen wie Entnahmestellen zu Endverbrauchern oder Einspeisepunkten aus Elektrolyseuren verzichtet werden. Anderenfalls wäre zudem mit einer Umgehung durch Kleinstbuchungen zu rechnen gewesen.

Ferner begrüßen die FNB, dass die Übertragung von Mengen am VHP auf einzelne Cluster bzw. der Zugang zum VHP je Cluster beschränkt werden kann. Konsequenterweise gilt dies dann sowohl für FWK als auch UWK, denn am VHP lässt sich grundsätzlich nicht feststellen, über welches Kapazitätsprodukt die Mengen eingespeist wurden bzw. ausgespeist werden. Im

Ergebnis sollte daher entsprechend der Anmerkungen zu Tenorziffer 3 WaKandA auch die UWK auf ein Cluster beschränkt werden können.

## **Tenorziffer 8 Berichts- und Evaluierungspflichten**

Eine Frist für Berichts- und Evaluierungspflichten von WaKandA zum 01.02. eines jeden Jahres halten die FNB ebenso für zu kurz wie die gleichlautende Frist von WasABi. Gemäß Tenorziffer 4 lit. b) sublit. aa) haben Jahreskapazitätsprodukte eine Laufzeit vom 01.01. bis 31.12.. Hierdurch ist das Wasserstoff-Wirtschaftsjahr definiert, sodass für die Berichtserstellung faktisch nur ein Monat Zeit bleibt, in dem Daten gesichtet, ausgewertet und aufbereitet werden müssen sowie eine Abstimmung zwischen allen WNB für einen gemeinsamen Bericht erfolgen muss. Dies würde einen enormen Kraftakt darstellen. Hierbei ist auch die Urlaubszeit (ein Feiertag und Schulferien) zu berücksichtigen, welche in die von der BNetzA vorgeschlagene Frist fallen würde. Zwar erkennen die FNB die Wichtigkeit der Berichts- und Evaluierungspflichten insbesondere vor dem Hintergrund eines angestrebten „lernenden Systems“ an, empfehlen jedoch die Frist aus o. g. Gründen zu erweitern. Um die Möglichkeit einer gemeinsamen Abgabe der Berichte zu WasABi und WaKandA, wie von der BNetzA vorgeschlagen, aufrecht erhalten zu können und da die Berichts- und Evaluierungspflichten gem. Tenorziffer 9 WasABi jedoch deutlich umfangreicher im Vergleich zu diesen aus WaKandA sind, empfehlen die FNB die Fristen für beide Festlegungen auf den 01.04. eines jeden Jahres zu verschieben.

Die Veröffentlichungspflicht gemäß Tenorziffer 8 lit. d) sollte den WTNB auferlegt werden (siehe auch die korrespondierende An-merkung zu Tenorziffer 3 lit. c)).

## **Tenorziffer 9 Inkrafttreten der Regelungen**

Die FNB begrüßen, dass das von der BNetzA mit den Festlegungsentwürfen WasABi und WaKandA vorgelegte Marktdesign grundsätzlich als ein auf einen liquiden Markt ausgerichtetes Zielmodell ausgelegt ist, auch wenn – wie im Marktdialog auch von der BNetzA vorgetragen – im Hochlauf voraussichtlich Anpassungen an den Festlegungen notwendig sein werden.

Die Anwendung der genannten Festlegungen zum 01.10.2026 halten die FNB allerdings aus folgenden Gründen für nicht umsetzbar und schlagen deshalb eine Anwendung zum 01.01.2028 vor:

- Laut Medienberichten verzögert sich der Markthochlauf gerade für die Jahre 2026 und 2027 teils erheblich. Die Anzahl der Projekte, die tatsächlich bereits vor 2028 in Betrieb gehen, ist damit aus aktueller Sicht überschaubar. Diese Projekte dürften – wie beispielsweise GET H2 – bereits über Regelungen für die Umsetzung verfügen, so dass keine Notwendigkeit für die Standardisierung vor 2028 zu erkennen ist.
- Der Umsetzungszeitpunkt sollte sich am Beginn des Jahreskapazitätsproduktes im Wasserstoff orientieren, also auf einen 01.01. eines Jahres fallen.
- Die Umsetzung aller Regelungen und Pflichten aus WasABi und WaKandA ist aufgrund der sehr hohen Komplexität der Prozesse, der vielen Abstimmungsnotwendigkeiten und der vielen Abhängigkeiten in den Prozessen vor dem 01.01.2028 unrealistisch. Eine Implementierung plus Testphasen der notwendigen IT-Systeme (insbesondere

Kapazitätsbuchungsplattform, IT-Systeme für WNB- und Kundenprozesse und Data Hub) ist in diesem Zeitraum daher nicht zu schaffen (siehe auch Kommentierung zu Tenorziffer 4 lit. e) sublit. bb) WaKandA sowie Tenorziffer 6 lit. f) WasABi).

- Die weitere Ausarbeitung der Prozesse und Regelungen der Festlegungen einschließlich der ausdrücklich adressierten Konzepte sollte in einem gestuften Verfahren – d. h. sukzessive Fixierung von Konzepten und Prozessen sowie anschließend Überführung in Vertragstexte – über den KoV-Prozess unter Einbeziehung von Marktbeteiligten („Marktdialog“) sowie in enger Abstimmung mit der BNetzA organisiert werden. Die Implementierung der IT-Systeme und die Entwicklung der KoV Wasserstoff können zwar teilweise parallel angegangen werden, jedoch nicht völlig unabhängig voneinander.
- Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, für die Umsetzung der Festlegungen sowie eine erste KoV Wasserstoff ein gemeinsames Zieldatum vorzusehen. Die finalen Dokumente der KoV müssen dabei allerdings einige Monate vor deren Inkrafttreten veröffentlicht werden, damit sich die Marktparteien darauf einstellen können.
- Neben den standardisierten Vertragsregelungen zwischen WNB und Transportkunden sowie zwischen MGW und BKV sind in der KoV Wasserstoff zusätzlich auch Vereinbarungen für die Abwicklung zwischen den beteiligten WNB zur Abbildung des Entry/Exit-Modells als netzbetreiberübergreifendes Zweivertragsmodell zu treffen.

Vor dem Hintergrund der genannten Punkte sollte die Anwendung sowohl der WasABi- als auch der WaKandA-Festlegung inklusive der Prozesse auf den 01.01.2028 (mit einer Testphase in 2027) gelegt werden. Darüber hinaus sollte die Anwendungsfrist mit der Anpassungspflicht für Bestandsverträge entsprechend harmonisiert sein, welche für den 01.10.2026 nach der o. g. Ausführungen zu Tenorziffer 8 der FNB nicht gestützt wird.

Marktteilnehmer haben u. a. auch im Marktdialog der BNetzA am 20.02.2025 deutlich gemacht, dass sie für finale Investitionsentscheidungen Kapazitätszusagen der WNB deutlich vor 2028 benötigen, was nachvollziehbar und weiterhin möglich ist.